

**Protokoll der Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung**

**vom 13. Dezember 2018 in
Trendelburg-Stammen**

Beginn: 20.00 Uhr Ende: 22:49 Uhr

Unterbrechungen (von/bis): 21:42 Uhr – 21:52 Uhr

Seite: 1 von 10

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 1 bis 10 Verhandlungs-
Niederschriften und Beschlüsse mit den laufenden Nummern:

1 bis 11 (in Worten: eins bis elf)

Anwesend:		gesetzl. Mitgliederzahl: <u>31</u>
a.) stimmberechtigt		
SPD: 13 Sitze	FWG: 11 Sitze	CDU: 7 Sitze
1. Dieter Uffelmann (Stavo-Vorsteher)	14. Gerhard Niemeyer (Fraktionsv.)	25. Armin Hoff
2. Hans-Jürgen Baumann	15. Carsten Blum	26. Juana Thiele
3. Jens Gobrecht	16. Klaus-Rüdiger Herrmann	27. Henning Albrecht (Fraktionsv.)
4. Diana Hartgen (Fraktionsv.)	17. Marco Heib	28. Stefan Bornhage
5. Kai Meimbresse	18. Michael Wörner	29. Werner Gerland
6. Sigrid Severit	19. Dirk Jordan	30. Manfred Friedrich
7. Sylvia Träger	20. Louisa Jordan	31. Kerstin Baumann
8. Horst-Helmut Reidelbach	21. Uwe Kloppmann	
9. Gisela Reidelbach	22. Bettina Bönning	
10. Klaus Erger	23.	
11.	24.	
12.		
13.		
b.) nicht stimmberechtigt		
1. Martin Lange (Bürgermeister)	4. Friedrich Starke	7. Udo Widera
2. Michael Görner (1. Stadtrat)	5. Heinrich Romberg	8.
3. Manfred Schäfer	6. Hans-Dieter Henze	9.
Es fehlten entschuldigt:		
1. Erwin Baumann	6. Daniela Hohmeyer-Hecker	
2. Dr. iur. Manuela Bauerfeind-Lieckefett	7. Gerhard Stenda	
3. Ralf Heere		
4. Erwin Rolwes		
5. Werner Niemeier		
Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung waren durch Einladung vom 07.12.2018 auf Donnerstag, 13.12.2018, um 20.00 Uhr - unter Mitteilung der Tagesordnung - einberufen worden.		
Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben worden.		
Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die Form, Ladungsfrist, Art und Umfang keine Einwendungen erhoben werden.		
Die Stadtverordnetenversammlung war nach der Anzahl der erschienenen Mitglieder -beschlussfähig-		

Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Dezember 2018

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Stadtverordnetenvorsteher Dieter Uffelmann eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass sich gegen Form und Frist der Einladung keine Einwendungen ergeben.

Es sind 26 Abgeordnete anwesend.

Es fehlten entschuldigt:

3 Abgeordnete/r der SPD

0 Abgeordnete/r der CDU

2 Abgeordnete/r der FWG

2. Zustimmung zu der Niederschrift der Sitzung vom 18.10.2018

Die Niederschrift der Sitzung vom 18.10.2018 wurde jedem Stadtverordneten elektronisch übermittelt bzw. per Boten zugestellt. Des Weiteren wurde die Niederschrift auf der Homepage der Stadt Trendelburg veröffentlicht.

Gegen die Niederschrift ergab sich innerhalb der Widerspruchsfrist gem. Geschäftsordnung § 28 Niederschrift keine Einwendung.

3. Ehrung Horst Ruf für 25 jährige Tätigkeit als Schiedsman im Schiedsamsbezirk Trendelburg IV

Herr Winter vom Amtsgericht Kassel ehrt Herrn Horst Ruf für 25 Jahre Schiedsamt im Schiedsamsbezirk Trendelburg IV.

Bürgermeister Martin Lange dankt und gratuliert Herrn Horst Ruf ebenfalls für seine 25 jährige Tätigkeit und berichtet über die Entstehung des Schiedsams, welches seine Wurzeln im Jahr 1808 in Preußen hat.

Herr Hahn von der Bezirksvereinigung Kassel des BDS dankt Herrn Horst Ruf ebenfalls für seine langjährige Tätigkeit im Amt.

4. Anfragen und Mitteilungen

4.1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Die Mitteilungen des Bürgermeisters liegen dem Protokoll in schriftlicher Form bei.

Besonders zu erwähnen ist die freudige Nachricht, dass die Jugendfeuerwehr Langenthal für den „Conrad Dietrich Magirus-Award“ mit ihrem selbstgedrehten Video „Team Rettungsgasse“ in der Kategorie Soziales Engagement nominiert wurde. Ab dem 19.12.2018 bis zum 27.01.2019 kann jeder, der sich beteiligen möchte, der Jugendfeuerwehr Langenthal im Internet täglich einmal seine Stimme geben. Der Bür-

germeister bittet um tatkräftige Unterstützung der jugendlichen Feuerwehrkameraden aus Langenthal. [Anmerkung der Verwaltung: Abstimmung möglich unter https://award.magirusgroup.com/de/soziales-engagement/](https://award.magirusgroup.com/de/soziales-engagement/)

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters zu der Problematik des Gebäudes der Feuerwehr Eberschütz merkt Herr Gerhard Niemeyer an, dass bereits im Haushalt 2016/2017 bereits ein Begleitantrag für die Feuerwehr Eberschütz gestellt wurde. Er hätte sich gewünscht, dass zu diesem Zeitpunkt bereits an die Abarbeitung der Mängel heran gegangen wäre.

4.2 Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung

Große Anfrage der CDU Fraktion, Thema „Schwimmbad Trendelburg“ mit der Bitte um Mitteilung des Sachstandes.

Für die Beantwortung in der Stadtverordnetenversammlung hat Bürgermeister Lange eine Präsentation erstellt, die dem Protokoll im Rahmen der Präsentation „Mitteilungen des Bürgermeisters“ beigefügt ist.

Juana Thiele: Wurde ein Antrag für das Förderprogramm SWIM inzwischen gestellt? Nein bisher nicht, aber die Beauftragung der Städtischen Werke mit der Konzepterstellung ist der erste Schritt, der für die Planung einer zielgerichteten Maßnahme zwingend erforderlich ist.

Juana Thiele: Ist es korrekt, dass es mehr Fördermittel gibt, wenn Schulklassen das Schwimmbad benutzen? Wird geprüft.

Kleine Anfragen:

Fragesteller	Anfrage	Antwort Bürgermeister
Klaus Erger	Für die Feuerwehr Eberschütz soll im nächsten Quartal ein Bedarfs- und Entwicklungsplan vorgelegt werden. Was ist mit den anderen Feuerwehren?	Bürgermeister Lange teilt mit, dass der Bedarfs- und Entwicklungsplan für alle Feuerwehren gemeinsam aufgestellt wird.
Juana Thiele	Thema Jugendarbeit: Sind die Treffen nun für das Jugendparlament oder als Ort für Jugendliche?	Die Jugendarbeit soll generell stärker in den Fokus rücken. Die Jugendlichen sollen dabei beteiligt werden, um herauszufinden, was von der Jugend überhaupt gewünscht ist. Ein Jugendparlament kann gegebenenfalls das richtige Instrument dafür sein. Es soll keine Erwachsenenpolitik für Jugendliche geben, sondern Beteiligungsstrukturen für die Jugendlichen entwickelt werden.
Hans-Jürgen Baumann	Bei der letzten Landtagswahl waren die Regularien, dass pro Partei in jedem Ortsteil lediglich 2 Plakate aufgehängt werden dürfen. Dies war der SPD im Vorfeld nicht klar, sodass anfangs	Die AFD wurde natürlich auch angeschrieben. Es wurde angedroht, die Plakate kostenpflichtig seitens der Stadt zu entfernen. Der Eingriff ist für die Stadt jedoch nicht unproblematisch. Im Vorfeld der nächsten Wahl wird empfindlicher

		<p>mehr Plakate aufgehängt wurden. Auf Anforderung des städtischen Ordnungsamtes, wurden die überzähligen Plakate abgehängt. Es wurde aber festgestellt und fotografisch festgehalten, dass Plakate von der AFD nicht abgehängt wurden. Darüber wurde die Verwaltung informiert, aber es erfolgte keine ersichtliche Konsequenz.</p> <p>Ebenfalls hieß es in den Regularien, dass die Plakate 3 Tage nach der Wahl abzunehmen sind, was bei der AFD ebenfalls nicht geschah. Was ist aus der Sache geworden? Wurde die AFD ebenfalls angeschrieben? Welche Konsequenzen sind hier festzustellen?</p>	<p>auf die Regularien geachtet. Ggf. empfiehlt sich auch eine Änderung der Plakatierungssatzung.</p>
Gerhard Nie-meyer		<p>Man wird von Bürgern zum Thema „Abschaffung Straßenbeiträge“ angesprochen. In der Spiegelstraße in Deisel wird die Straße von einem nicht ortsansässigen Landwirt mit schwerem Gerät genutzt um an seine Flächen zu kommen, wodurch Schäden entstünden. Es gäbe allerdings einen anderen Weg über einen geteerten Feldweg beim Felsenkeller, der benutzt werden könnte. Kann man hier Nutzungsverbote aussprechen?</p> <p>Ergänzung Klaus-Rüdiger Herrmann: In der Schützenstraße Langenthal ist reger Verkehr in Richtung Hölleberg, wo es ebenfalls andere Wege gäbe, die benutzt werden können.</p>	<p>Bürgermeister Lange versteht jeden Anwohner, der davon betroffen ist. Es gibt viele Anfragen zu diesem Thema, nicht nur für die Landwirtschaft sondern auch für den öffentlichen Personennahverkehr und Holztransporte. Es ist nicht möglich, in allen Fällen auf Änderungen hinzuwirken. Es handelt sich i.d.R. um öffentliche Verkehrswege, Durchfahrtsbeschränkungen dürfen von der Verwaltung nicht ohne fundierte Begründung aufgestellt werden. Sollten später einmal wiederkehrende Straßenbeiträge eingeführt werden, würden die Lasten dann nicht mehr alleine von den konkret betroffenen Anwohnern getragen werden müssen.</p>
Marco Heib		<p>In der letzten Stavo ging es um Freikarten für das Freibad für aktive Feuerwehrleute. Wie sieht es aus mit den Bürgerbus-Fahrern?</p>	<p>Jedes ehrenamtliche Engagement ist wichtig für die Lebensqualität in unserer Kommune und wird vom Magistrat sehr geschätzt. Aber der Brandschutz ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Die aktiven Kameraden der Einsatzabteilungen werden daher mit den Städtischen</p>

		Mitarbeitenden gleichgestellt, die unter dem Aspekt der Gesundheitsfürsorge ein Freikartenkontingent erhalten.
Kai Meimbresse	In der letzten Stavo wurde nach einer Kompensationsfläche in Deisel gefragt. Wie ist hier der Sachstand?	Derjenige wurde schriftlich aufgefordert und um Stellungnahme gebeten, aber bisher gab es noch keine Rückmeldung.

5. Übergabe Mannschaftstransportfahrzeuge an die Feuerwehren der Stadt Trendelburg; Übergabe Stiefel an die Jugendfeuerwehren der Stadt Trendelburg

Bürgermeister Martin Lange erläutert den Verlauf der Beschaffung. Die MTFs wurden für die Feuerwehren Deisel, Gottsbüren, Sielen und Trendelburg angeschafft und wurden heute abgeholt. Die Fahrzeuge sind geleast und nicht gekauft worden. Die Kommune bekommt sehr gute Leasingkonditionen, denn die Raten bewegen sich auf demselben Niveau, wie die Abschreibungen im Falle eines Erwerbs den städtischen Haushalt belastet hätten. Die Feuerwehrvereine beteiligen sich an den Leasingraten.

Die Übergabe der Mannschaftstransportfahrzeuge (MTF) findet im Außenbereich statt. Die vier neuen MTFs wurden mit Blaulicht und Martinshorn von den Feuerwehren vorgefahren.

Seit längerem gibt es die Vorschrift, dass Jugendliche bei der Jugendfeuerwehr Sicherheitsschuhe tragen sollen. Bisher hatten die Jugendfeuerwehrmitglieder noch keine geeigneten Schuhe. Daher wurden nun 70 Paar Sicherheitsschuhe beschafft, und symbolisch im Rahmen der Sitzung an die Jugendfeuerwehren übergeben. Der Bürgermeister betont die Bedeutung der Jugendfeuerwehren für die Zukunft für die Einsatzabteilungen der Feuerwehren.

Bürgermeister Lange spricht erneut die Nominierung der Jugendfeuerwehr Langenthal an und lobt das besondere Engagement. Ebenfalls berichtet der Bürgermeister, dass die Jugendfeuerwehr Friedrichsfeld vom Lions Club Hofgeismar ein neues Feuerwehrgelb gespendet bekommen hat.

Teil A (Beschlussfassung ohne Beratung)

6. Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamtbezirk Trendelburg V (Sielen)

Manfred Friedrich verlässt den Raum.

Die Wahlperiode von Herrn Manfred Friedrich für den Schiedsamtbezirk Trendelburg V ist abgelaufen. Herr Friedrich würde für eine erneute Amtsperiode zur Verfügung stehen. Der Ortsbeirat Sielen hat sich für eine Wiederwahl ausgesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt Herrn Manfred Friedrich weiterhin als Schiedsperson für den Schiedsamtbezirk Trendelburg V zu wählen.

Dafür: 24	Enthaltungen: 1	Dagegen: 0
-----------	-----------------	------------

Der Fraktionsvorsitzende Henning Albrecht holt Manfred Friedrich wieder zurück in die Sitzung.

Bürgermeister Martin Lange gratuliert Herrn Friedrich zur Wiederwahl.

Teil B (Beratung und Beschlussfassung)

7. Antrag SPD-Fraktion „Resolution zur Abschaffung von Straßenbeiträgen“

Die Fraktionsvorsitzende Diana Hartgen erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Louisa Jordan nimmt für ihre Fraktion Stellung und dankt der SPD für die Ausarbeitung. Sie sichert die Unterstützung der FWG-Fraktion zu, man teile die Meinung der SPD. Es ist wünschenswert, dass die Kosten vom Land Hessen übernommen werden, aber es wird auch nach Neuaufstellung des Hessischen Landtags für unwahrscheinlich gehalten.

Henning Albrecht berichtet, dass es aus der Sicht seiner Fraktion schwer ist, die Kosten für den kommunalen Straßenbau allein durch die Stadt Trendelburg zu tragen. Das Land als finanzkräftiger Partner muss entsprechend Leistungen erbringen. Die Kommune könnte sonst Einsparungen an anderer Stelle (z. B. Freibad) vornehmen müssen, was nicht gewollt sei. Als Flächenkommune mit großer Infrastruktur und geringer Bevölkerung sind die zu tragenden Kosten unangemessen hoch. Die CDU schliesse sich daher dem Antrag an.

Juana Thiele berichtet, dass die Stadt Kaufungen bereits vor Jahren die Straßenbeiträge abgeschafft hat, aber nun Überlegungen stattfinden diese wieder einzuführen, da zu viele Einsparungen erfolgen mussten und Steuern enorm angehoben wurden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und Weiterleitung an die hessische Landesregierung, den hessischen Landtag sowie die Fraktionen des hessischen Landtages:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Trendelburg fordert die Abschaffung der §§ 11 und 11a des hessischen Kommunalen Abgabegesetzes (HKAG, hier: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen) und teilt ausdrücklich die Forderung nach einem finanziellen Ausgleich bei einem Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen durch das Land.

2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert, im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens eine entsprechende „Kompensationsregelung“ (evtl. eine Investitionspauschale) zu schaffen, um mögliche Einnahmeausfälle zu kompensieren.

Dafür: 26	Enthaltungen: 0	Dagegen: 0
-----------	-----------------	------------

8. Antrag FWG-Fraktion „Abschaffung von Straßenbeiträgen“

Dirk Jordan erläutert den Antrag der FWG-Fraktion.

Gerhard Niemeyer ergänzt, dass es auf jeden Fall wünschenswert sei, wenn das Land die Kosten übernehme, aber wenn dies nicht der Fall sein sollte, muss sich anderweitig Gedanken gemacht werden. Der Antrag diene als Signal für die Beratung in den Ausschüssen und den Magistrat.

Manfred Friedrich beantragt, den Antrag der FWG mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: *„Der Magistrat wird beauftragt eine Kalkulation für die Straßenbeiträge nach der Variante ‚wiederkehrende Beiträge‘ der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen“.*

Die Sitzung wird um 21:42 Uhr unterbrochen und um 21:52 Uhr fortgesetzt.

In Vorbereitung der Tagesordnung wurde zu den Punkten 7. und 8. auch im Magistrat beraten.

Bürgermeister Lange berichtet kurz von den verschiedenen Varianten für die Finanzierung des kommunalen Straßenbaus.

Mitte September hat bereits, auf Einladung des Bürgermeisters, die Firma Kommunal-Consult Becker im Magistrat zu diesem Thema referiert.

Falls das Land nicht eine andere Finanzierungsmöglichkeit bereitstellt, favorisiert Bürgermeister Lange die Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge, da sie aus seiner Sicht die gerechteste Variante der verschiedenen Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger ist.

Die Ausführungen des Bürgermeisters sind der Präsentation „Mitteilungen des Bürgermeisters“ ebenfalls beigefügt.

Gerhard Niemeyer: Der Antrag der FWG lasse ein großes Denkfenster für alle Varianten offen. Durch die Ergänzung würde schon eine Richtung vorgegeben, was nicht gewollt sei. Nach Vortrag des Magistrates zu den verschiedenen Möglichkeiten bestünde die Möglichkeit zur Diskussion in den Fraktionen und Ausschüsse. Daher befürworte es die Fraktion nicht, die Ergänzung von Manfred Friedrich aufzunehmen.

Manfred Friedrich: Es geht nicht um eine Einengung, die Ergänzung sei lediglich als Hinweis zu verstehen.

Klaus-Rüdiger Herrmanns persönliche Auffassung ist, dass der Magistrat im voraus-eilenden Gehorsam tätig geworden ist. Der gestellte Antrag soll alle Varianten beinhalten, wenn die Ergänzung der CDU aufgenommen würde, handele es sich um eine Einschränkung.

Diana Hartgen begrüßt beide Anträge der Fraktionen und versteht auch die Argumente von beiden Fraktionen. Sie empfindet es nicht als einengend, wenn der zusätzliche Teil mit aufgenommen wird.

Es erfolgt eine Abstimmung, ob die Ergänzung mit aufgenommen wird.

Der Magistrat wird beauftragt eine Kalkulation für die Straßenbeiträge nach der Variante „wiederkehrende Beiträge“ der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Dafür: 14	Enthaltungen: 3	Dagegen: 9
-----------	-----------------	------------

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, Lösungsvorschläge zu erarbeiten, wie eine Gegenfinanzierung erfolgen könnte, möglichst ohne die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu belasten.

Die Vorschläge sollten bis Ende April 2019 vorgestellt werden.

Weiterhin wird der Magistrat beauftragt eine Kalkulation für die Straßenbeiträge nach der Variante „wiederkehrende Beiträge“ der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Dafür: 24	Enthaltungen: 2	Dagegen: 0
-----------	-----------------	------------

9. Antrag FWG-Fraktion „langfristiger Erhalt des Trendelburger Freibades“

Der Fraktionsvorsitzende Gerhard Niemeyer erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Nachfrage Kerstin Baumann: Ist das ein Antrag oder eine Anfrage? Gerhard Niemeyer stellt klar, dass es ein Antrag sei.

Diana Hartgen schätzt das Engagement und ist auch der Meinung, dass es hier deutlich Nachholbedarf gibt. Aber sie ist der Auffassung, dass der Magistrat sich, wie von Bürgermeister Lange berichtet, bereits mit dem Thema auseinandergesetzt habe und sieht den Antrag als nicht notwendig an.

Klaus-Rüdiger Herrmann berichtet, dass der Antrag nicht gestellt wurde, um die Problematik an sich zu reißen. Es sei bisher keine Lösung herbeigeführt worden. Der Erhalt des Freibades läge im Interesse aller und seit 2009 bis dato sei nur wenig passiert.

Juana Thiele merkt an, dass es gegebenenfalls sinnvoller gewesen wäre eine Anfrage zu stellen. Ihr persönlicher Schwerpunkt liegt auf dem Schwimmbad. Sie wirbt auf Messen für das Freibad und ist selbst im Sommer oft dort. Leider sind nur wenige Stadtverordnete ebenfalls Besucher des Freibades.

Henning Albrecht erörtert, dass das Thema seit geraumer Zeit im Fokus sei und ein solcher Antrag bereits vor 2 Jahren gestellt und beschlossen wurde. Der Antrag ist somit aus Sicht der Fraktion überflüssig. Man hat die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis genommen und weiteren Sachstand wird es zurzeit nicht geben.

Louisa Jordan fasst zusammen, dass man vielfältige Argumente gehört hat und, dass jede Fraktion sich viele Gedanken mache. Es besteht aus Sicht der FWG das Risiko, dass durch einen Investitionsstau irgendwann die Sanierungskosten möglicherweise so hoch seien, dass das Schwimmbad gegebenenfalls schließen müsse.

Anmerkung Kerstin Baumann: Es sei alles richtig was gesagt wird und es sind auch alle Fraktionen für den Erhalt des Freibades. Aber man sollte sich an die Geschäftsordnung halten und darin steht, dass lediglich abgelehnte Anträge erneut behandelt

werden dürfen, nicht aber bereits beschlossene. Ein Antrag wurde bereits vor einiger Zeit beschlossen, der Magistrat ist an der Bearbeitung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, ein detailliertes Sanierungskonzept zu erstellen.

Das Konzept sollte folgende Punkte beinhalten:

- Durchzuführende Maßnahmen in den nächsten 5 Jahren
- Kostenschätzung für notwendige Erhaltungs-/ Investitionsmaßnahmen pro Jahr
- Fördermöglichkeiten (KIP / SWIM /...)
- Sachstand Steuerlicher Querverbund mit EWF (Übergabe des Bades in eine Betreibergesellschaft)

Dafür: 9	Enthaltungen: 3	Dagegen: 14
----------	-----------------	-------------

Hans-Jürgen Baumann verlässt die Sitzung um 22:33 Uhr.

10. Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) zur Digitalisierung der kommunalen Infrastruktur

Bürgermeister Martin Lange erläutert den Sachverhalt. Die Ausführungen sind der Präsentation „Mitteilungen des Bürgermeisters“ beigelegt.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Trendelburg beschließt die Teilnahme am Projekt „Interkommunale Zusammenarbeit - Digitalisierung der kommunalen Infrastruktur und Vernetzung der Verwaltungsabläufe“ und den Abschluss der als Anlage beigelegten Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung mit den Städten/Gemeinden Söhrewald, Habichtswald, und Trendelburg.

Dafür: 25	Enthaltungen: 0	Dagegen: 0
-----------	-----------------	------------

11. Haushaltssatzung incl. Haushaltsplan der Stadt Trendelburg für das Jahr 2018

Bürgermeister Lange berichtet kurz über die eingearbeiteten Änderungen. Die Erläuterungen sind ebenfalls der Präsentation „Mitteilungen des Bürgermeisters“ beigelegt.

Die Änderungen durch die Abwicklung des EKVO Darlehens in Form der Aufnahme eines Investitionsdarlehens in Höhe von 1,6 Mio. € mussten – wie in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung berichtet – redaktionell in der Haushaltssatzung an verschiedenen Stellen angepasst werden. Eine Beschlussfassung hierüber wurde nachträglich seitens des Regierungspräsidiums für erforderlich gehalten.

Die Beschlüsse der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden inzwischen genehmigt und zur Rückzahlung des EKVO-Darlehens auch bereits umgesetzt.

Anmerkung der Verwaltung: Die Haushaltsgenehmigung liegt seit dem 2. Januar 2019 vor.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Jahr 2018 (entsprechend der Anlagen).

Weiterhin beschließt die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat damit zu beauftragen, ggf. erforderliche weitere redaktionelle Änderungen vorzunehmen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist hierüber zu berichten.

Dafür: 25	Enthaltungen: 0	Dagegen: 0
-----------	-----------------	------------


Anmerkung Klaus Erger: Es wäre gut, wenn künftig alle, die Redebeiträge haben, diese über das Mikrofon tätigen, damit jeder die Beiträge akustisch versteht.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am 28.02.2019 und die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19.02.2019 statt.

Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.


Dieter Uffelmann

-Stadtverordnetenvorsteher -


Laura Übel

- Schriftführerin -